

tungsstreit auch zum Vorschein kommen, wenn sich die Synode der EKD bei ihrer Tagung 1988 schwerpunktmäßig mit der Frage beschäftigen wird, wie man heute Christ wird und bleibt.

Der Stuttgarter Kongreß wurde nur wenige Monate vor dem Frankfurter Kirchentag abgehalten. Dort wird es schwerpunktmäßig wieder vor allem um die großen Fragen christlicher Weltverantwortung gehen bzw. um den Versuch, den Glauben im Eingehen auf die Fragen, Wünsche und Nöte der Zeitgenossen neu zu buch-

stabieren. Schon das Nebeneinander von Theologen-Kongreß über „Gemeinde bauen in der Volkskirche“ und Kirchentag belegt die Vielfalt des deutschen Protestantismus. An ihr hatte sich gerade auch die Studie „Christsein gestalten“ mit ihrem bewußten Nebeneinander von Ansätzen zur Erneuerung des kirchlichen und religiösen Lebens orientiert.

Kurz vor dem Frankfurter Kirchentag findet in München der vom Deutschen Katecheten-Verein veranstaltete Katechetische Kongreß statt, bei dem über die Möglichkeiten und

Schwierigkeiten der Weitergabe des Glaubens gesprochen werden soll. Er zeigt, wie sehr vielen Katholiken und Protestanten in der Bundesrepublik derzeit das gleiche Problem unter den Nägeln brennt, auch wenn es auf katholischer Seite stärker unter dem Stichwort Glaubensweitergabe und auf evangelischer Seite stärker unter den Leitbegriffen Gemeindeaufbau und Volkskirche angegangen wird. Vermutlich wäre es der Mühe wert, einmal eine größere katholisch-evangelische Gemeinschaftstagung zu diesem Themenfeld zu veranstalten. U. R.

## Wie reformierbar ist das Sowjetsystem?

### Chancen und Grenzen der Politik Gorbatschows

*Noch läßt sich schwer abschätzen, was Gorbatschows neuer Kurs für die künftige Entwicklung der Sowjetunion bedeutet. Auch ein klares Konzept ist noch kaum erkennbar. Um so wichtiger ist eine politische Einschätzung der im System selbst liegenden Chancen und Widerstände. Astrid von Borcke vom Institut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln unterzieht im Blick darauf die bisherige Politik Gorbatschows einer eingehenden Analyse.*

Zwei Jahre nach Amtsantritt des neuen Generalsekretärs der KPdSU, Michail S. Gorbatschow, kann man immer noch darüber streiten, ob seine als (quasi) revolutionär angekündigte „perestrojka“, die Transformation der Sowjetunion, nun wirklich zu einer solchen werden wird oder ob im Grunde doch alles so weitergeht wie zuvor. Geändert hat sich zweifellos der Stil der sowjetischen Führung – und Stil zählt in der Politik. Und es gibt auch eine neue „Dringlichkeit“, ein immer wieder heraufbeschworenes Krisenbewußtsein. Doch im Grunde, so betonen Skeptiker, hat sich am „Wesen“ des Systems bislang nichts geändert: die Partei betont weiterhin ihre „führende Rolle“ (herausgestellt im revidierten Parteiprogramm); es gibt weiterhin eine Mischung von Einmannregime und „kollektiver Führung“ im Politbüro; das erklärte Grundanliegen der Reformen – Verbindung der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ mit den angeblichen „Vorügen“ des Sozialismus – ist nicht neu; es war bereits ein Leitmotiv Breschnews gewesen.

Die Gedanken zur Wirtschaftsreform knüpfen eher zaghaft an die Ideen der Reform von Ministerpräsident Aleksej N. Kossygin im Jahre 1965 an. Die angestrebte „Zivilisierung“ der Wirtschaft (zugunsten des Verbrauchers) ist noch Zukunftsmusik. Kurz, in der Sowjetunion

gibt es keine eigentliche „Revolution“, ja es gibt nicht einmal Reformkonzepte von gleicher Tragweite wie die der Prager Reformer vor zwanzig Jahren. In mancher Hinsicht folgt Moskau nur zögernd den Beispielen osteuropäischer „Bruderländer“. Es war zweifellos bedeutsam, daß Gorbatschow zu Beginn des neuen Jahres die Freilassung von etwa 140 gefangenen oder konfinierten Dissidenten verfügte, allen voran Andrej Sacharow. Doch Wojciech Jaruzelski war ihm auf diesem Weg bereits vorausgegangen, als er im September 1986 eine Amnestie für alle politischen Gefangenen erließ. Die für den sowjetischen Apparat so schockierende neue Idee Gorbatschows: Wahlen (aufgrund geheimer Stimmabgabe und unter mehreren Kandidaten, allerdings nicht unter Programmen oder gar Parteien) wurden bereits in Ungarn praktiziert. Die Idee der Selbstverwaltung in der Wirtschaft hat eine lange, wenn auch nicht sonderlich erfolgreiche Tradition in Jugoslawien. In der Landwirtschaft ist Deng Xiaoping in China viel weiter gegangen, und das mit spektakulärem Erfolg (auch wenn dort inzwischen politisch „gebremst“ wird und die neue Kampagne gegen allen „westlichen Liberalismus“ im Reich der Mitte mehr sein dürfte als ein Intermezzo).

Doch ungeachtet aller solcher Relativierungen bleibt doch eine entscheidende *Grundtatsache*: Diesmal gehen die Reformen von Moskau selbst aus, dem Zentrum der „Orthodoxie“ – zum ersten Mal seit den Tagen Chruschtschows –, und alle Reformkommunisten sehen sich durch sie bestätigt. Kein Wunder, wenn im konservativen Husák-Regime alte Konflikte wieder aufbrechen; wenn Erich Honecker zunächst betont auf Distanz hielt und Nicolae Ceauşescu rundheraus erklärte: „Man kann nicht von der Vervollkommnung des Sozialismus sprechen und

zugleich sogenannten Marktsozialismus verfechten und freien Wettbewerb“ (zit. nach Time, 2. 3. 87).

Doch Reformer und „Dissidenten“ frohlocken. Sacharow persönlich bekundete seinen Respekt. Die polnische Opposition ist bei aller Distanz zu Moskau im Grund begeistert. In der DDR, so berichtete der Schriftsteller *Stefan Heym*, ist Gorbatschow zum heimlichen Bestseller geworden. In Bratislava ließ das Husák-Regime Aufschriften an Häuserwänden entfernen: „Wir wollen Gorbatschow!“ Die italienischen Kommunisten, einst Vorkämpfer des „Eurokommunismus“, sehen sich gerechtfertigt, auch wenn sie warnen, vor der Einführung wirklicher politischer Reformen zugunsten des Pluralismus sei die „perestrojka“ nicht vollendet.

Unbestreitbar ist also zumindest: Gorbatschow hat eine neue Diskussion ausgelöst, das Problembewußtsein geschärft, neue Initiativen versucht und damit in gewissen Kreisen so etwas wie eine Aufbruchstimmung ausgelöst, zumindest neue Erwartungen, aber auch neue Bedenken geweckt.

## Es geht um das Überleben des Systems

Gorbatschow gelangte an die Macht, als sich in der Sowjetunion – ausgelöst durch die Entwicklungen in Polen seit dem Sommer 1980 – ein regelrechtes Krisenbewußtsein angebahnt hatte, ein Krisenbewußtsein, das der neue Parteichef gezielt in den Dienst seiner Politik zu stellen versucht hat. Schon sein Vorgänger *Tschernenko* mochte die Möglichkeit einer „polnischen Entwicklung“ in der Sowjetunion nicht einfach von der Hand weisen. Doch die „äsoische“ Krisendiskussion über „antagonistische Widersprüche“ auch im Sozialismus wurde unter ihm schnell wieder – wie schon früher – gedrosselt. Gorbatschow mahnte bereits als „Kronprinz“, wenige Monate vor seinem Amtsantritt (in einer in der *Pravda* allenfalls halb veröffentlichten Rede vor Ideologiefunktionären), es gehe um nichts weniger als darum, ob die Sowjetunion „mit Würde und als prosperierende Großmacht“ in das neue Jahrtausend eintreten werde (*Pravda*, 11. 12. 84). Bei seinem Besuch in Budapest im Juni 1986 erklärte er unumwunden, ohne Reformen sei das wirtschaftliche Versagen des Sozialismus nicht auszuschließen. So etwas hatte noch kein kommunistischer Parteichef gesagt (vgl. *E. Teague*, Radio Liberty Research Bulletin, RL 227/86).

Das *Plansystem*, der Stolz aller sowjetischen Konservativen und im Grunde in seinem Anspruch auf universale Machbarkeit die *raison d'être* des Parteiregimes, ist fragwürdig geworden. Die Erfahrung aller sozialistischen Länder, so resümierte *Jurij S. Nowopaschin* aus dem Institut für die Wirtschaften des Weltsozialismus, zeige, daß dieses System offenbar seine „historischen Grenzen“ erreicht hat (*Voprosy filosofii* 8/82, S. 16). Mit Naturalbilanzen, so betonen auch die reformerischen Chinesen, läßt sich eine immer komplexere moderne Wirtschaft einfach nicht lenken. Um die sich auf heute auf 12 Millio-

nen Produkte belaufende Wirtschaft jedesmal voll zu bilanzieren, so berechneten sowjetische Fachleute, bräuchte man selbst mit neuesten Computern – dreißig Jahre (*D. Valovoj*, *Kommunist* 15/84, S. 56). Gosplan hat bisher 48 000 „Positionen“ aufgestellt. Die tatsächliche Planung besteht dabei in der mechanischen Hinzufügung von einem gewissen Prozentsatz an Zuwachs zu den gemeldeten – oftmals ebenfalls sehr problematischen – Ergebnissen der Wirtschaft, eine Methode, die bereits an sich zu erheblichen Irrationalitäten führt. Im Grund gibt es nicht einmal eine eigentliche „Theorie“ des Plans: Bislang, so schrieb *Nikolaj P. Fedorenko*, gebe es keine Methode „zur konstruktiven quantitativen Beschreibung des komplexen Systems der hierarchischen Ziele unseres sozialökonomischen Systems als ganzem, seiner Branchen und regionalen Glieder“ (*Vestnik Akademii nauk*, 12/83, S. 5).

Das von Stalin begründete System diene einer forcierten, wirtschaftlich (und menschlich) sehr kostspieligen „ersten“ industriellen Revolution, also der Schaffung einer „klassischen“ Schwerindustrie, die ihrerseits als Grundlage einer (traditionellen) Landstreitmacht gedacht war. Dabei handelte es sich vor allem um eine überaus effektive *politische* Technik der Macht. Das Staatseigentum an den Produktionsmitteln machte zugleich jeden zum zentral permanent „mobilisierbaren“ Staatsdiener (oder -sklaven). Damit wurde aus der Planwirtschaft auch ein Mechanismus zur Absicherung des Vielvölkerimperiums.

Doch mit der zunehmenden Komplexität einer modernen Wirtschaft, die an Qualität, Innovation und Befriedigung von Konsumentenbedürfnissen orientiert sein muß, wird dieses System nicht fertig. Der Ökonom *Wasilij S. Nemtschinow*, einer der geistigen Väter des Prager Frühlings, verwies auf den tieferliegenden Grund: der Markt ist als System der Informationsbeschaffung und -verarbeitung unvergleichlich überlegen: Wächst doch der Bedarf an Selbstregulierung und Regulierung mittels Rückkoppelung „direkt proportional zum Quadrat der Komplexität eines Systems“ (*Moshe Levin*, *Political Undercurrents in Soviet Economic Debates*. London 1975, S. 160).

## Gesamtentwicklung auch in der UdSSR „spontan“ verlaufen

Kurz, die riesige sowjetische Wirtschaft, so betonte auch Gorbatschow bei seinem Besuch in sowjetisch Fern-Ost, ist einfach nicht mehr von *einem* Zentrum aus administrativ zu lenken. Schon unter Stalin zeichnete sich ab, daß die eigentliche *Gesamtentwicklung* auch in der Sowjetunion mehr oder minder „spontan“ verlaufen war. Der Plan, so warnen seine Kritiker, ist mittlerweile zu einer „Buchwirtschaft“ geworden, ohne echten Bezug zum Leben; ja sogar ein Hindernis, das eine Menge Disproportionen, Fehlzuteilungen und Fehlverhalten bedingt –

nicht zu sprechen von andauernden, ökonomisch völlig irrationalen politischen Kuhhändeln. Gorbatschow moniert immer wieder das „verschwenderische“, also ineffiziente Wirtschaften (Pravda, 16. 6. 85). „Nur der Sozialismus konnte sich das so lange leisten“, so resümierte er provokativ am 19. Februar in Riga; „der Kapitalismus wäre daran längst bankrott gegangen“.

Die ökonomischen Kosten hielt das an primären *politischen* Kriterien orientierte Regime lange Zeit für tragbar, da der Verbraucher keine berücksichtigungsbedürftige Macht zu sein schien. Noch auf dem XXIV. Parteitag (1971) gestand *Leonid Breschnew*, die Gruppe B, also Leichtindustrie und Konsumgüter, mache bloße 24% der Gesamtproduktion aus (eine Äußerung, die in seinen Werken bezeichnenderweise fehlt). Doch inzwischen beginnt der „Faktor Mensch“ auch in der Sowjetunion zu zählen (was zur Zeit der Prager Reform in Moskau noch nicht zugegeben wurde). Im Zuge der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ werden aber persönliche Verantwortung, Motivation, Kreativität entscheidend. Mehr noch, es hat sich gezeigt, daß in dem einen System, das die gesellschaftlichen Bedürfnisse traditionell als „Residuum“ behandelt – also erst *nach* Sicherstellung seiner eigentlichen Prioritäten, zu denen traditionell vor allem die Anforderungen militärischer Macht gehören, einplant –, die Menschen zunehmend sich dem zentralen Zugriff zu entziehen suchen und eine „second economy“, eine ganze „zweite Realität“, entwickeln. Der schwarze Markt in der Sowjetunion wird inzwischen bis auf 30% des Bruttosozialprodukts geschätzt (Ökonomen nehmen an, daß ab etwa 30% Schwarzmarkt eine Wirtschaft nicht mehr steuerbar ist). Darüber hinaus untergräbt die Schattenwirtschaft die Moral und letztlich auch die politische Legitimität. Hinzu kommen bedenkliche Entfremdungssymptome mit Tendenzen zur Selbsterstörung wie Alkoholismus und Drogensucht.

Mögen also Konservative betonen, es sei schließlich das Plansystem gewesen, das der Sowjetunion in geschichtlicher Rekordzeit den Sprung aus tiefer Rückständigkeit zur modernen Supermacht ermöglicht habe (eine sehr verkürzte „Vision“), die Reformer konnten dagegenhalten, es könne nicht mehr weitergehen wie bisher, schon weil hierzu einfach die Mittel fehlen. Seit den siebziger Jahren sind die wirtschaftlichen Wachstumsraten rückläufig. Die Sowjetunion ist vom zweiten (hinter den USA) auf den vierten Platz unter den Weltwirtschaftsmächten, hinter die EG und Japan, abgerutscht. Der technologische Rückstand zu den fortgeschrittensten Industriestaaten hat sich sogar wieder vergrößert. Die Computer-Revolution scheint aber zu bedeuten: fällt die Sowjetunion weiterhin zurück, dann könnte sie womöglich den Anschluß ganz verpassen. Sie kann sich als Supermacht aus dem internationalen Wettbewerb eben nicht einfach ausklinken. Sogar der (1984 versetzte) Generalstabschef *Nikolaj W. Ogarkow* ließ in einem spektakulären Interview bereits Zweifel durchblicken, ob diese Wirtschaft noch eine hinreichende Basis für militä-

rische Innovation sein könne. Reagans im März 1983 verkündete Verteidigungsinitiative (SDI) stellt die Sowjetunion vor eine neue Herausforderung: einen drohenden Wettlauf im Bereich der Hochtechnologie, der mit „Mobilisierungsmethoden nicht zu gewinnen ist, bei dessen Scheitern aber zugleich die mühsam errungene strategische Parität und damit gar der verbliebenen Hauptlegitimierung des Parteiregimes bedroht wäre.“

## Absage an stalinistische Befehlswirtschaft

Gorbatschow trat sein Amt mit dem erklärten Ziel an, den gesamten „Wirtschaftsmechanismus“ und die Planung radikal zu „überholen“: mehr effektive Zentralisation einerseits, mehr Autonomie der Betriebe und Kombinate (ob' edinenij) andererseits; Abbau unnötiger Bürokratie, vor allem der unter Breschnew so expandierten „Zwischenglieder“; Transformation von Gosplan zu einer Art ökonomischem „brain trust“ (Pravda, 24. 6. 85); Umwandlung der Ministerien zu Instanzen strategischer Planung und deren Rückzug aus dem operativen Management. Der neueste Schritt auf diesem Weg ist das Gesetz über das sozialistische Unternehmen. Um allerdings den gewünschten Erfolg zu zeitigen, müßten diese Maßnahmen mit einer wirklichen Preisreform und der Aufhebung von „Gossnab“, der staatlichen Verteilung der Produktionsgüter, verknüpft werden. In der alten Knappheitswirtschaft würde sonst wohl nur zu bald wieder der Minister mit seinen politischen Verbindungen wichtiger sein als der nach Ressourcen suchende „Manager“ – das hat sich zuletzt in Polen gezeigt.

Gorbatschow hat sich von der stalinistischen Befehlswirtschaft losgesagt – doch nicht konsequent. 1985 soll er den Wirtschaftssekretären des Ostblocks vorgehalten haben (zitiert nach Seweryn Bialer, Joan Afferica, *The Genesis of Gorbachev's World*, Foreign Policy, vol. 64, no. 3, 1986, S. 612): „Viele von Ihnen sehen die Lösung Ihrer Probleme im Rückgriff auf Marktmechanismen ... Einige von Ihnen sehen im Markt den Rettungsring ihrer Wirtschaften. Doch, Genossen, Sie sollten nicht an Rettungsringe denken, sondern an das Schiff, und das Schiff ist der Sozialismus.“

Auch *Jegor K. Ligatschow*, der „zweite Mann“ und Chefideologe, mahnte erst kürzlich: „Man muß mit aller Bestimmtheit erklären: der Prozeß der Vervollkommnung unserer Wirtschaft vollzieht sich im Rahmen des Sozialismus und wird sich auch künftig so vollziehen. Von einer Marktwirtschaft, die immer und überall soziale Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit mit sich bringt, ist keine Rede und wird auch keine Rede sein“ (Teatr, August 1986, S. 3).

Faktisch aber sind bislang Reformen doch immer wieder auf die Einführung von Marktelementen – die verstärkte Nutzung „ökonomischer Hebel“ (Kossygin) bzw. „ökonomischer Normative“ (Gorbatschow) – statt administrativer Weisungen hinausgelaufen. Und tatsächlich soll

Gorbatschow sich nicht nur über Lenins NEP (ebenfalls ein begrenzter Rückgriff auf den „Kapitalismus“), sondern auch über Stolypins Reform (das Setzen auf die „Starken“ unter den Bauern auf Kosten der traditionellen Kommunen) und sogar trotz Sozialismus auch über Marktwirtschaft sachkundig gemacht haben (vgl. *R. G. Kaiser*, *International Herald Tribune*, 26. 9. 84). Gorbatschows Ziel: der Mensch soll sich als „chosjain“, als Eigentümer, ja als „Entrepreneur“ (Unternehmer) verhalten, Verantwortung übernehmen, Initiative entwickeln – alles Dinge, die im Rahmen der bestehenden bürokratischen Hierarchie schwerlich möglich sind.

Doch schließlich war Gorbatschow schon als Parteichef von Stawropol einer der Hauptverfechter des „sweno“ – also der Verpachtung von Land an Gruppen (faktisch oft Familien), die es von der Aussaat bis zur Ernte eigenverantwortlich bestellen konnten, was die Erträge um mindestens 20% erhöhte. Aus politischen Gründen mußte er dann zurückstecken und gelangte 1978 (dank der Protektion *Fjodor D. Kulakows*) als Verfechter der technokratisch-kollektivistischen Ipatow-Methode ins ZK-Sekretariat. Die „Brigaden“ sind auch in der Industrie anwendbar: allerdings ist das entsprechende neue Gesetz sehr wenig innovativ ausgefallen und dient eher der kollektiven Überwachung und Disziplinierung des einzelnen als der Entfaltung persönlicher Initiative. Doch in der Landwirtschaft ist das „sweno“ nun wieder aktuell, ebenso wie der verstärkte Rückgriff auf Kooperativen.

Der Dienstleistungssektor soll teilprivatisiert werden. Doch werden von dem (sehr restriktiven) Gesetz allenfalls 2 bis 3 Millionen der etwa 130 Millionen in der Wirtschaft Beschäftigten Gebrauch machen können.

Es gibt also nur erste Schritte. Deutlich aber ist: Gorbatschow ist ein Pragmatiker, kein „Ideologe“ im engen Sinn. Ungeschminkt hielt er den Konservativen entgegen, sie seien mit ihren theoretischen Vorstellungen „auf dem Niveau der dreißiger und vierziger Jahre“ stehengeblieben (*Pravda*, 28. 1. 87, S. 1).

Das große Problem aber ist: es gibt, wie schon unter Andropow, keine „Rezepte“ dafür, was nun insgesamt an die Stelle des alten Systems zu setzen sei. Gorbatschow erklärte wiederholt, man habe inzwischen im großen und ganzen eine Strategie (an der viele prominente Politikberater und wissenschaftliche Institute mitgearbeitet haben). Aber eine wirkliche *Gesamtkonzeption* gibt es nicht – und kann es wohl auch nicht geben, insofern der eigentliche „Antityp“ des *Befehlssystems* ein auf *Vertragsbeziehungen* basierender Markt, also eine „liberale“ Option wäre (die von der Ideologie tabuisiert wird).

Faktisch setzt Gorbatschow das Werk der *Entstalinisierung* fort, ein Werk, das Chruschtschow begonnen hatte. Denn der eigentliche Gründer des in seinen Strukturen bis heute unveränderten alten Systems war Stalin selbst, der, historisch betrachtet, eine Art Restauration des *gosudarstwo*, des autokratischen russischen Staatswesens, unter neuen Bedingungen durchsetzte. Gorbatschow steht insofern in der Tradition des *raskrepostschenije*, der

„Entbindung“ der Gesellschaft aus dem universalen Staats- (und heute: Partei-) Dienst: eine Entwicklung, die in Rußland mit der Emanzipation des Adels unter Katharina II. begann, mit der Bauernbefreiung und den großen Reformen Alexanders II. fortgesetzt wurde und in das wenig erfolgreiche Experiment mit dem Parlamentarismus einmündete (vgl. *V. Leontovitsch*, *Geschichte des Liberalismus in Rußland*, Frankfurt a. M. 1957). Heute ist „Abbau von Staat“ das Grundanliegen auch einer „konservativen“ Revolution im Westen, verkörpert vor allem von Gorbatschows Gegenspieler, *Ronald Reagan*.

## „Tauwetter“ im kulturellen Bereich

In Rußland, so bemerkte einmal *Aleksandr I. Solschenizyn*, hat ein großer Schriftsteller fast schon die Macht einer Gegenregierung. Insofern ist es konsequent, wenn sich Gorbatschow auf einen Bund mit der schöpferischen Intelligenz stützen will – zusätzlich zu den von ihm geförderten technokratischen sowjetischen „yuppies“ („young upwardly mobile professionals“). Im kulturellen Bereich hat denn unter ihm auch ein bemerkenswertes neues „Tauwetter“ eingesetzt. Bücher, die jahrelang verboten waren, wie *Boris Pasternaks* „Dr. Schiwago“, *Michail A. Bulgakows* „Hundeherz“, dürfen jetzt in sowjetischen Zeitschriften erscheinen. Die Zensur ist eingeschränkt worden. Abgelehnte Werke, Filme, Theaterstücke werden neu überprüft. Und – wie in den sechziger Jahren – rühren Literatur, Film und Theater wieder einmal die eigentliche Gretchenfrage an: den Stalinismus (Thema von *Tenghiz Abuladzes* Film: „Reue“ und *Anatolij Rybakows* „Kinder des Arbat“). Der Parteichef selbst behandelt diese Frage allerdings mit Vorsicht: „Alles gab es, auch Fehler“, erklärte er vor Vertretern der Medien, „doch das Land schritt voran“ (zit. nach *Neues Deutschland*, 16. 2. 87). Immerhin, er will nicht länger „weiße Felder“ und „Unpersonen“ in der Geschichte. Ja, er selbst bemerkte: Ein System, das Menschenopfer fordere, müsse man in Zweifel ziehen. Die kürzliche Freilassung von Gewissensgefangenen setzte deutliche Signale, die zeigen, daß sogar der KGB – Gorbatschows „institutioneller“ Hauptverbündeter (vgl. *Astrid von Borcke*, *KGB: Die Macht im Untergrund*, Neuhausen-Stuttgart 1987) – sich seiner Schranken bewußt zu sein habe. Die Ankündigung eines neuen KGB-Gesetzes; die Überprüfung des Strafrechts und Aufhebung des berüchtigten Paragraphen 70 („antisowjetische Agitation ...“) deuten an, daß es hierbei um mehr als um Auslandspropaganda gehen könnte. Die Transformation, so erklärte Gorbatschow vor dem ZK, „das ist der hochherausgestellte Respekt für den Wert und die Würde der Persönlichkeit“ (*Pravda*, 28. 1. 87).

Vielleicht müssen auch einige neue Signale im Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften in diesem Zusammenhang gesehen werden, ohne daß Anlaß besteht, sie besonders hoch zu bewerten. Daß die „Literaturnaja Gaseta“ ein Interview mit dem polnischen Primas Kardi-

nal Glemp veröffentlichte, ist immerhin ein Novum. Und daß die inzwischen recht populären „Moscow News“, auf die verfassungsmäßig garantierte Religionsfreiheit verweisend, offen über Repressalien gegen Gläubige berichtete, die sich als Kirchengemeinde registrieren lassen wollten, läßt es nicht ganz als unwahrscheinlich erscheinen, was der neue Vorsitzende des Rates für Angelegenheiten der Religionen, *Konstantin Chartschew*, für das westliche Publikum bestimmt, auf einem Pressegespräch in New York erklärte, im Rahmen von Gorbatschows Politik sei auch eine Liberalisierung der Religionspolitik zu erwarten, nicht einfach aus der Luft gegriffen war, obwohl Chartschew nicht gerade als Liberaler gilt. Kardinal *König* zeigte sich von Gorbatschows Hinweis auf dem Moskauer Friedensforum beeindruckt, Religion gehöre zu den „grundlegenden Kräften der Menschheit“ (vgl. dpa, 14. 2. 87).

Die anstehende 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Rußlands versucht Gorbatschow offenbar zu hohem Ruhme des Sowjetstaates zu nutzen. Damit kommt zunächst aber nur wieder eine alte Strategie zur Geltung, der Versuch, die Kirche und Religionsgemeinschaften in die sowjetische Friedenspolitik einzuspannen. Aber es könnte – wenigstens in einem Punkte – auch um mehr gehen: um das Problem der „Moralisierung einer weitgehend demoralisierten Gesellschaft“. Jedenfalls scheint dies ein Grundanliegen Gorbatschows zu sein, der erst Ende Januar erklärte, ohne Transformation des geistigen Lebens, ohne einen Umbruch im gesellschaftlichen Bewußtsein und ohne einen Wandel in der Psychologie und in den Stimmungen der Menschen sei ein Erfolg seiner Politik nicht möglich (vgl. Pravda, 28. 1. 87). Gorbatschow könnte mehr russischer Patriot als kommunistischer Ideologe sein: vielleicht ein besonderer Grund, wenn sich der ideologische Konservatismus in Sachen Atheismus erst kürzlich wieder sehr militant zu Wort gemeldet hat (vgl. Pravda, 16. 1. 87).

## Die Last des Apparats behält ihr Eigengewicht

Wie immer man das Ausmaß der sowjetischen Reformen einschätzt – man diskutiert jetzt immerhin wieder Reformen (unter Breschnew war allein schon das Stichwort tabu!). Es gibt die neue *glasnostj* (Offenheit), eine neue Sachlichkeit, kurz: eine neue „Modernität“.

Allerdings wäre es übereilt, bereits von einem „Modell Gorbatschow“ zu sprechen: Es handelt sich mehr um problembewußtes Suchen und Erproben als um schlüssige Konzepte. „Vielleicht sind nicht alle unsere Entscheidungen richtig ...

doch wir wollen handeln“ (zit. nach Frankfurter Rundschau, 18. 9. 86). Die grundlegende *Logik* der „perestrojka“, der Transformation, weist, ob man das wahrhaben will oder nicht, in Richtung auf Entstalinisierung, „Entbindung“, Liberalisierung. Aber bislang sind Gorbatschows „Taten“ doch sehr viel weniger radikal gewe-

sen als seine „Worte“. Das ist nicht verwunderlich. Es darf auch nicht übersehen werden: der neue Parteichef ist in ein Führerkollektiv eingebunden, das er sich – im Gegensatz zum Kabinett eines westlichen Regierungschefs – nicht selbst gewählt hat. Die führenden Männer – Chefideologe *Jegor K. Ligatschew*, Ministerpräsident *Nikolaj I. Ryschkow*, KGB-Chef *Wiktor M. Tschebrikow* – sind Vertreter seiner Generation, Verbündete, die wie er davon ausgehen, daß Wandel nötig ist. Aber sie sind nicht seine „Klienten“, und nicht alle werden seine Reformprojekte voll mittragen.

Hinzu kommt die Macht der großen Apparate, die gerade unter Breschnew noch gewachsen ist als Folge der unter dem Gesichtspunkt Verwaltungsrationalität an sich begrüßenswerten „operativen Autonomie“ der Fachbürokratien. Damit stellen sich seit dem Ende der Ära Breschnew immer mehr Probleme der Regierbarkeit. Gosplan etwa, so klagte Gorbatschow im kleinen Kreis, erkenne keinen Herrn über sich an. Ähnliches schien auch auf den Generalstab zuzutreffen – jedenfalls bis zur Versetzung von *Nikola Ogarkow* im September 1984 und den radikalen Umbesetzungen im militärischen Oberkommando seit Sommer 1985 im Anschluß an Gorbatschows unveröffentlichte Rede vor der Militärführung in Minsk, die das Vorspiel zu einer ganzen Kaskade neuer sicherheitspolitischer Vorschläge bildete.

Theoretisch sollte die Partei Vorkämpferin für Innovationen sein. Faktisch aber ist ihr Apparat (im Westen bis auf ½ Million vollberuflicher Funktionäre geschätzt) ebenfalls eine riesige, konservative Bürokratie – eine „träge Schicht“ zwischen Führung und Volk, wie Gorbatschow selbst eingestand. Dennoch scheinen die historischen Erfahrungen aller Reformbewegungen in kommunistischen Regimen anzudeuten: Erfolg hatten sie nur, wenn sie von der Partei mitgetragen wurden. Dies betont auch Gorbatschow. Die Frage ist: Kann er dies erreichen?

Radikale Umbesetzungen unter den leitenden Kadern sind eine Voraussetzung dafür. Bereits über die Hälfte der Abteilungsleiter der Gebietssekretäre wurde abgelöst. Vor dem Januar-Plenum kam der Parteichef mit der potentiell wirklich revolutionären Forderung: Wählbarkeit der Parteifunktionäre bis hinauf zum ZK! (Darüber wurde das Plenum dreimal verschoben, und die Resolution, die es verabschiedete, signalisierte keineswegs begeisterte Zustimmung.) Der Parteichef sieht zu Recht: gegen die etablierten Bürokratien gibt es nur den Bund mit der „Öffentlichkeit“. Die „Öffentlichkeit“ ist allerdings erst im Werden, wenn sie inzwischen auch weiterentwickelt ist als in der Ära Chruschtschow.

Aber es mangelt Gorbatschow an institutioneller Unterstützung. Der einzige Apparat, mit dem er verbündet ist, ist der KGB – nicht gerade ein idealer Partner für die konsequente Liberalisierung! Der Chef des KGB, Tschebrikow, sieht zwar auch die Notwendigkeit von Reformen, zeigt sich zuweilen sogar weltoffen – so wenn er

für Publizität anlässlich des Tschernobyl-Unfalls im April 1986 eintrat –, doch er fürchtet „ideologische Divergenz“, die „die sowjetischen Menschen letzten Endes gegen den Sozialismus aufbringen will“ (Pravda, 1. 3. 86).

## Kein leichter und kein ungefährlicher Weg

Wenn Gorbatschow Erfolg haben will, wird er jedenfalls Jahre dazu brauchen. Sein Weg ist kein leichter und auch kein ungefährlicher. Bereits in seinem letzten Sommerurlaub wurde ein Anschlag auf ihn unternommen. Chruschtschows Sturz bleibt ein warnendes Beispiel. Dennoch betonte er kürzlich in Tallinn: „Ich glaube tief an das, was wir begonnen haben (zit. nach International Herald Tribune, 21./22. 2. 87). Der tschechische Reformkommunist *Zdeněk Mlynář* hat offenbar recht: sein alter Studiengefährte sei auch Idealist ... Ob er Erfolg, zumindest einen respektablen Teilerfolg haben wird, kann man heute noch nicht sagen. Es gibt Spielraum für erhebliche Teilreformen in der Wirtschaft, sofern sie politisch durchsetzbar sind. Nach der heutigen glasnost' scheint eine bloße Restauration – in deren Namen sich das Breschnew-Regime behauptete – kaum noch möglich, zumal es einen Generationswechsel in der gesamten „Elite“ gegeben hat. Doch schrittweise Reformen lassen den Gegnern Zeit, sich zu sammeln; gerade die nächsten Jahre dürften deshalb kritisch werden.

Wirtschaftlich setzt Gorbatschow auf den Maschinenbau (Voraussetzung der Neuausrüstung des bedenklich überalterten Maschinenparks der Industrie) und die Computerisierung, wobei offen ist, wie weit die moderne Informatik, bei der im Westen Privatinitiative die ent-

scheidende Rolle gespielt hat, mit dem System vereinbar ist. Vielleicht gelingt ihm ein sowjetischer Weg in die Moderne, ein Weg, den *Andrej D. Sacharow* wohl am realistischsten umrissen hat: „Kapitalismus und Sozialismus sind beide zu einer langfristigen Entwicklung fähig, in deren Verlauf sie die positiven Elemente gegenseitig entlehnen und sich in einer Reihe wichtiger Punkte näherkommen werden“ (Interview mit dem Spiegel, 1, 1987, S. 86).

Bislang waren alle Konvergenz-Theorien für sowjetische Ideologen tabu. Historisch ist aber erwiesen, daß erfolgreiche Sozialtechniken immer wieder kopiert wurden. Gorbatschow scheint bereit, mit grundlegenden Dogmen einer Ideologie zu brechen, einer Ideologie, die heute nicht mehr inspiriert, sondern nur noch ihr Veto gegen Alternativen verkündet – und damit die fällige ordnungspolitische Diskussion blockiert. Vor dem XXVII. Parteitag sprach Gorbatschow von der Herausbildung einer „zusammengehörigen, in vielem ganzheitlichen Welt“ – als dem Leitmotiv des „neuen politischen Denkens“. Die Absage an den Stalinismus müßte in der Tat auf die Reintegration der Sowjetunion in die Außenwelt, auf den Schritt aus Autarkie und Selbstisolierung und damit auf die Anpassung an die modernen Staaten hinauslaufen.

Sollte dieser Versuch scheitern – die heutige Führungsmannschaft besteht wohl aus den besten, motiviertesten und kompetentesten Männern, die das Regime hervorzu- bringen imstande ist –, dann könnte das in der Tat der Anfang vom unauffaltbaren Niedergang der Weltmacht Sowjetunion und der von ihr repräsentierten Ideologie sein (vor dem Sacharow schon 1968 warnte!), ein Niedergang mit heute noch gar nicht voll absehbaren Folgen. *Astrid von Borcke*

## „An die wirklichen Probleme der Gesellschaft kommt man mit Medienpädagogik nicht heran“

Ein Gespräch mit dem Sozialwissenschaftler Heinz Hengst

*Wenn auch weithin unstrittig ist, daß die elektronischen Medien heute eine wichtige Rolle im Aktivitätenspektrum von Kindern und Jugendlichen spielen und daß sie einen bedeutsamen Faktor unter den auf Kinder und Jugendlichen einwirkenden Sozialisationsinstanzen darstellen, bei den Folgerungen, die daraus gezogen werden, gehen die Meinungen auseinander. Manche kulturpessimistische Stereotypen bei der Beurteilung der Medienwirkungen haben sich festgesetzt. Über Fragen im Schnittpunkt der Forschungsbereiche Sozialisation und Medienkommunikation haben wir uns mit dem Sozialwissenschaftler Professor Heinz Hengst von der Hochschule Bremen, Fachbereich Sozialwesen, unterhalten. Die Fragen stellte Klaus Nientedt.*

*HK:* Herr Professor Hengst, bei der Diskussion über die älteren wie auch die neuartigen elektronischen Massenmedien wird immer wieder ihre große Bedeutung z. B. für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen hervorgehoben. Müßte diese Bedeutung nicht in dem Maße abnehmen, in dem diese Medien den Reiz des Neuartigen verlieren?

*Hengst:* Daß die Medien heute einen ungeheuer bedeutsamen Sozialisationsfaktor darstellen, ist weithin unumstritten. Es fragt sich nur, inwieweit man von einer ausgesprochenen „Medienkindheit“ sprechen kann, in welchem Verhältnis die Einflüsse, die von den Massen-